

**Rede
von**

Hanna Naber, MdL

zu TOP Nr. 11

Abschließende Beratung

**Einführung eines europaweiten Behindertenaus-
weises**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/361

während der Plenarsitzung vom 18.04.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vor einiger Zeit hat eine Namensvetterin von mir in den sozialen Medien für Furore gesorgt: die 14-jährige Hannah aus Pinneberg. Sie mag Mathe, Zirkus und tritt mit dem Diabolo auf. Sie reitet gern, trifft ihre Freundinnen und schreibt Gedichte. Warum also steht „schwerbehindert“ in ihrem Ausweis? - Hannah fand das doof. Sie überklebte das Defizitwort auf dem Plastikkärtchen mit dem neuen Namen „Schwer-in-Ordnung-Ausweis“. Diese Bezeichnung, so Hannah, die am Downsyndrom erkrankt ist, passe einfach besser zu ihr.

Wenn wir heute darüber sprechen, müssen wir uns doch fragen: Warum eigentlich nicht? - Ausweise dienen der persönlichen Identifikation in Deutschland, in Europa und der Welt. Warum muss denn, für alle einsehbar, eine Klassifizierung, die die Zuschreibung von Defiziten noch verstärkt, dort prominent prangen? Warum bedarf es stigmatisierender Titel, um den berechtigten Anspruch auf Nachteilsausgleiche und damit Teilhabe einzulösen? - Ich glaube nicht, dass sich Hannah zuallererst als schwerbehindert sieht, sondern als Hannah, die schwer in Ordnung ist.

Ebendiese junge Frau regt uns mit ihrer Aktion dazu an, über unser Gesellschafts- und Menschenbild nachzudenken. Wir sprechen von „Behinderten“, statt uns zu fragen, wo *wir* Menschen mit Handicap behindern. Wir reden *über* Menschen mit Behinderungen, dabei müssen wir *mit* ihnen reden.

Das sind die Leitgedanken der UN-Behindertenrechtskonvention, der sich die Landesregierung mit dem Aktionsplan Inklusion verschrieben hat. Die Konferenz „Ich bin dabei! Wie können wir Inklusion in Niedersachsen noch besser umsetzen?“ Ende letzten Jahres hat dies eindrücklich unter Beweis gestellt. Frei nach dem Motto der Aktion Mensch „Schon viel erreicht. Noch viel mehr vor.“ sei allen Beteiligten, im Besonderen den Expertinnen und Experten in eigener Sache, nicht nur unser herzlicher Dank gewiss. Auch freuen wir uns auf die gemeinsame Erarbeitung des Aktionsplans 2019/2020, die parallel zur dritten Zwischenbilanz des derzeitigen Plans vorbereitet wird.

Der Ihnen vorliegende Entschließungsantrag bezieht sich vor allem auf den Europäischen Schwerbehindertenausweis, der in einem EU-Modell-bereits ein Stückchen Realität ist.

Wo ist das Problem, und warum dieser Antrag? - Die Europäische Union endet für viele Bürgerinnen und Bürger an ihrer eigenen Staatsgrenze. Es gibt für Menschen, die einen deutschen Schwerbehindertenausweis besitzen, keine Sicherheit darüber, welche Arten von Nachteilsausgleichen und Vergünstigungen im europäischen Ausland für sie abrufbar sind. Sie sind also nach hiesiger Gesetzgebung schwerbehindert und werden im europäischen Ausland im wahrsten Sinne des Wortes schwer behindert.

Ein europaweiter Behindertenausweis kann mit Sicherheit nicht alle Probleme lösen, die sich z. B. aus der Unterschiedlichkeit nationaler Gesetzgebungen ergeben. Und er beseitigt schon gar nicht diejenigen Hürden, die aus einem beschränkten Menschenbild entstehen. Ein europaweiter Behindertenausweis ist aber mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung, wenn wir daran festhalten, dass es keine Menschen zweiter Klasse gibt.

Wir können nicht - zu Recht - die Freizügigkeit der Europäischen Union loben, wenn wir nicht gleichzeitig auch daran denken, dass wir keinen Menschen zurücklassen dürfen.

Inklusion ist keine Aufgabe, der wir uns stellen können oder nicht - je nachdem, ob wir gerade Lust, Zeit und Geld dazu haben. Inklusion ist ein Menschenrecht. Hierfür zu kämpfen, ist ein Gebot der Zeit.

Die Fraktion ganz rechts von mir ist ja beispielsweise mit dem Programm zur Landtagswahl angetreten, inklusive Maßnahmen der Kommunen, die das Land Niedersachsen ihnen übertragen hat, einzustampfen, um Kosten zu senken. Werte Abgeordnete der AfD, bei der kommunalen Haushaltskonsolidierung fällt Ihnen also als Erstes das Menschenrecht Inklusion ein - erbärmlich!

Und mit Aussagen wie - ich zitiere -: „Inklusion ist ein weltfremder Blüentraum selbsternannter gesellschaftlicher Eliten“ oder - jüngst die Fraktionsvorsitzende im Interview mit der *NWZ* -: „Alle wissen, die Inklusion ist gescheitert“ treiben Sie einen weiteren Keil in die Gesellschaft. Das Schlimme ist: Sie meinen es auch so.

Wie sagte eine Ihrer Parteikolleginnen auf dem letzten Evangelischen Kirchentag? - Jeder Mensch habe die gleiche Würde, aber dadurch nicht die gleichen Rechte.

Wir aber sagen: Menschenwürde und Menschenrechte sind untrennbar.

Deshalb dieser Antrag. Ich freue mich über ein Votum für Teilhabe und Gleichberechtigung - vielen Dank! Die Fraktion aber, deren Partei im Bundestag in einer Kleinen Anfrage in höchst tendenziöser Weise einen Zusammenhang zwischen Schwerbehinderung, Migration und Inzucht herstellt, schließe ich in diesen Dank ausdrücklich nicht ein.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.